



Ebbe und Flut Wasserstände an der Elbe

	Wischh.	Grauerort	Cranz
HW I	---	0,24	1,09
HW II	12,33	13,04	13,50
NW I	6,45	7,22	8,20
NW II	19,35	20,11	21,11

Quelle: BSH

Die Top-Klicks bei TAGEBLATT.de am Montag

1. Mann geht mit Kettensäge auf Widersacher los
2. Tumulte im Auctal – Spielabbruch
3. Fünf Verletzte bei Unfall an Königreicher Kreuzung
4. Blitzer am Montag
5. Campingplatz Krautsand steht zum Verkauf



Neue Runde im Bundesliga-Tippspiel, veranstaltet durch das TAGEBLATT, FuPa Stade und die Stadtwerke Stade. Hier die Liste der besten Mitspieler:

Die 10 Besten

1. Marion Stahmann 308
2. Sven Klask 290
3. Andreas Philipp 280
4. Stefan Meyer 279
5. Michael Allers 274
6. Stefan Schmidt 272
7. Klaus von Barga 267
8. Ursula Hecht 266
9. Uwe Dieckmann 266
10. Ingeborg Born 265

Der Wochenbeste

Pascal Benz 208

Der Wochenbeste kann sich bei den Stadtwerken Stade einen Fußball abholen.

www.fupa.net

Tempo-Kontrolle

Mobil kontrolliert wird heute in:

Dornbuschermoor, Barnkrug, Daensen, Ovelgönne, Ahrens-moor-Nord, Griemshorst.

Hallo, wie geht's?



„Wir freuen uns auf den Flohmarkt am 7. September auf unserem Schulhof. Der Erlös ist fürs Schulfest und neue Bücher in der Bücherei bestimmt.“

Clara Eick (9) und Joris Conseil (7) Grundschüler in Stade-Campe.



So sollen die Mehrfamilienhäuser auf dem Gelände neben dem Feuerwehrgerätehaus aussehen.

Grafik Stadt Buxtehude/ Frenzel und Frenzel

35 Wohnungen am Schützenhofweg

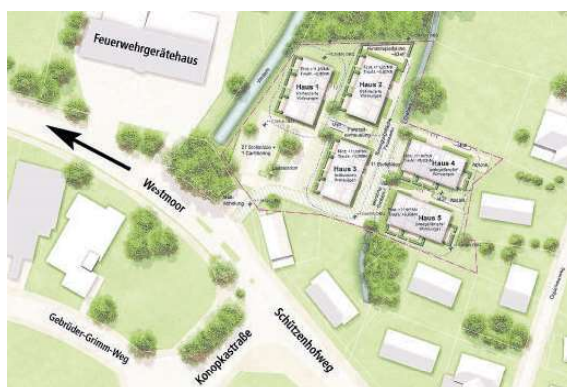
Stadt vergibt das Grundstück auf dem Weg des Erbbaurechts – 14 Wohnungen sollen preisgünstiges Wohnen ermöglichen

Von Karsten Wisser

BUXTEHUDE. Jetzt werden bei der Vergabe von städtischen Grundstücken in Buxtehude neue Wege beschritten. Das Areal am Schützenhofweg neben der Feuerwehr wurde im Zuge eines Erbbaurechts vergeben.

Der Investor „terra Real Estate“ zahlt auf 66 Jahre einen Erbbauszins von 23 775,84 Euro jährlich. Der Wunsch, Grundstücke in Zukunft nicht mehr zu verkaufen, resultiert daraus, dass der Platz in Buxtehude endlich ist und für spätere Generationen das Zugriffrecht auf Flächen in Erbbaupacht erhält. Dieser Weg ist kein Buxtehuder Sonderweg: Die Nachbarstadt Hamburg will eigene Grundstücke künftig grundsätzlich über das Erbbaurecht langfristig verpachten – und nur noch in Ausnahmefällen verkaufen. Zugleich soll die Vergabe an Zusagen der Investoren geknüpft werden, Mieten über lange Zeit günstig und stabil zu halten. Allerdings gab es auf die Ausschreibung der Stadt für das Gelände auch nur einen Bewerber, so dass abzuwarten bleibt, ob sich solche Modelle in Zukunft am Markt durchsetzen lassen.

So funktioniert am Schützenhofweg das Buxtehuder Modell, Spekulationen und Flächenmangel im wahren Wortsinne den Boden zu entziehen: Ergebnis der politischen Erörterung war im Februar 2017, das Grundstück nicht zu veräußern, sondern einem Investor im Zuge eines Erbbaurechts



geben. Anfang 2018 startete Buxtehude ein Investorenauswahlverfahren. In dem dafür entwickelten Aufgabenpapier wurden die Anforderungen zur Teilnahme an diesem Vergabeverfahren formuliert. So wurden neben einem städtebaulich und architektonisch überzeugenden Konzept auch hohe Forderungen an die Barrierefreiheit und preisgünstiges Wohnen gestellt. Der Investor wird verpflichtet, die maximale Höchstmiete von 14 der 35 zu erstellenden Wohnungen gemäß der vom Landkreis Stade für Buxtehude festgesetzten angemessenen Kosten der Unterkunft für die Dauer der Belegungsbindung von 20 Jahren nicht zu überschreiten. Von diesen 14 Wohnungen sind vier für Familien mit bis zu drei Kindern vor-

gesehen (Wohnungsgrößen bis 95 Quadratmeter) und zehn für Paare und Singles (Wohnungsgrößen bis 60 und bis 50 Quadratmeter). Für Buxtehude sind das zum Beispiel laut Jobcenter Stade 482 Euro für eine Person und höchstens

50 Quadratmeter. Für eine fünfköpfige Familie und höchstens 95 Quadratmeter sind es 927 Euro. Dabei sind die vom Jobcenter getragenen Mietkosten nirgendwo im Landkreis Stade so hoch wie in Buxtehude.

Diese Karte zeigt die Lage der fünf neuen Mehrfamilienhäuser, die auf einem städtischen Grundstück auf Höhe des Schützenhofwegs entstehen sollen.

Grafik Stadt Buxtehude/ Frenzel und Frenzel/ Finnern

Die Erschließungskosten, zu denen auch die Herstellung einer Haltebuch für ein Müllfahrzeug an der Kreisstraße 51 gehört, müssen dabei von dem Investor getragen werden. Der Investor baut nach den Entwürfen des renommierten Buxtehuder Architektenbüros Frenzel und Frenzel fünf Mehrfamilienhäuser auf dem 4486 Quadratmeter großen Gelände neben dem Gebäude der Buxtehuder Feuerwehr (Zug 1). Die Arbeiten auf dem Grundstück werden wohl Ende des Jahres beginnen und der eigentliche Bau der Häuser im kommenden Jahr umgesetzt werden.

Bis auf die Frage, wie die Verteilung der sogenannten preisgedämpften Wohnungen auf die fünf Blöcke aussehen soll, ist das Projekt in der Politik weitgehend einvernehmlich diskutiert worden. Der Vorschlag des Investors, die günstigen Wohnungen in zwei der fünf Gebäude zu bündeln, wurde laut Stadtverwaltung erst akzeptiert, nachdem dieser zugesichert hatte, alle Wohnungen gleich auszustatten.

Gruppe will Erbpacht bei Gewerbegrundstücken

BUXTEHUDE. Die Gruppe FDP-BBG / FWG will die Möglichkeit schaffen, dass auch Gewerbegrundstücke in Zukunft von der Stadt in Erbpacht vergeben werden. „Kleinere Unternehmen, oder auch Start-Ups könnten bei der Ansiedlung in der Hansestadt Buxtehude unterstützt werden“, heißt es in dem Antrag. Sie bräuchten das Grundstück nicht sofort zu bezahlen und hätten so

Kapital für die Firmengründung zur Verfügung.

In der Diskussion und der Einschätzung der Verwaltung wurde aber deutlich, dass es dabei vieles zu bedenken gibt. So würde ein Erbpachtgrundstück zum Beispiel bei einer Insolvenz wieder an die Stadt Buxtehude zurückfallen. Dann wäre sie plötzlich Eigentümer einer mehr oder weniger interessanten Gewerbe-Immobilie.

Die anderen Fraktionen stellten auch die Frage, ob Miete bei Gewerbegrundstücken nicht der bessere Weg wäre, da Erbpacht lange Laufzeiten hat.

Die Politiker einigten sich schließlich im städtischen Wirtschaftsausschuss darauf, dass das Thema nach einer detaillierten Aufarbeitung durch die Wirtschaftsförderung noch einmal beraten werden soll. (kw)

Städtepartnerschaft mit syrischer Stadt abgelehnt

Mehrheit stimmt gegen einen Antrag – Kein Bezug zu Buxtehude – AfD-Ratsherr Julitz wirft Ausschussmitgliedern Zynismus vor

Von Karsten Wisser

BUXTEHUDE. Die Idee einer projektbezogenen Städtepartnerschaft zwischen Buxtehude und der syrischen Stadt Maaloula wird von der Buxtehuder Politik nicht weiter verfolgt. Im zuständigen Wirtschaftsausschuss scheiterte der AfD-Ratsherr Maik Julitz mit seiner Initiative. Bis auf ihn selbst stimmte keine andere Fraktion für den Syrien-Antrag. Wilfried Peper von der BBG/FWG enthielt sich.

Maik Julitz hatte den Bürgermeister von Maaloula auf einer Veranstaltung des Verbands der Familienunternehmen kennengelernt. Die Stadt mit aktuell 3500 Einwohnern gilt als älteste christliche Ansiedlung und dort wird auch noch die christliche Ursprache, das Aramäische, gesprochen. Im Zuge des Bürgerkriegs war der nordwestlich von Damaskus gelegene Ort vor der Befreiung ein Jahr vom Islamischen Staat besetzt, teilweise zerstört worden und verlor über die Hälfte seiner Einwohner. „Wir können hier beim Wiederaufbau einer kriegszerstörten Stadt helfen“, sagte Julitz. Für Buxtehude bestünde hier die Möglichkeit einer Städtepart-

nerschaft mit einer der historisch bedeutendsten Städte der Welt. Vor allem aber wäre die Reputation Buxtehudes, bei Herausstellung dieser Konstellation, als Leuchtturmprojekt für ganz Deutschland von maßgeblicher Bedeutung. Er forderte die Abgeordneten auf, bei dieser Frage Parteipolitik zurückzustellen.

In der anschließenden Diskussion ging es dann tatsächlich auch nicht um die Lage im syrischen Bürgerkrieg, sondern um den Bezug zu Buxtehude und die

Grenzen einer Städtepartnerschaft. Grünen Ratsherr Thomas Lange bedankte sich ausdrücklich bei Julitz dafür, dass er den Menschen helfen wolle. Aber: „Es fehlt komplett der Bezug zur Hansestadt, und Buxtehude wäre komplett mit der Aufgabe überfordert.“

SPD-Ratsherr und Ortsvereinsvorsitzender Christian Krüger bewertete das ähnlich: „Da passt eher Aufbauhilfe oder Entwicklungshilfe. Dafür gibt es keine Zuständigkeit.“ Buxtehude könne

da nicht helfen. „Die Annäherung an das Thema ist falsch“, so Krüger. Auch CDU-Mann Olaf Riesterer konnte keinen Bezug zu Buxtehude erkennen.

Linken-Ratsherr Klemens Kowalski gab zu bedenken, dass Maaloula keinen Stadtcharakter habe und eine Partnerschaft auch hieß, das ein Geben und Nehmen da sein müsse. Er erinnerte an die schwierige Sicherheitslage und die Sanktionen. „Würden wir Leute beim Aufbau von demokratischen Strukturen unterstützen,

Keine Suche nach Standort für Tagungshotel

BUXTEHUDE. Buxtehude wird sich nicht um die Ansiedlung eines Tagungshotels bemühen. Ein entsprechender Antrag der CDU-Fraktion im Rat der Stadt wurde bei drei Ja-Stimmen der CDU und einer Enthaltung von Wilfried Peper (BBG) abgelehnt. Vorher hatte CDU-Ratsherr Olaf Riesterer das Projekt als „extrem wichtig“ eingestuft. Man wolle nicht in Konkurrenz zu den bestehenden Hotels treten, sondern eine Nische besetzen. Das wäre ein Alleinstellungsmerkmal im Süderel-

beraum. Erst in Harburg werde es mit dem Hotel Lindner etwas Vergleichbares. „Dann müssten auch Abi-Feiern nicht mehr außerhalb von Buxtehude stattfinden“, so Riesterer.

Die anderen Fraktionen stufen dies aber als private Aufgabe ein. SPD-Fraktionsvorsitzende Astrid Bade erinnerte daran, dass sich auch die CDU gegen einen Antrag ausgesprochen hatte, der Ahmadyya-Gemeinde ein Grundstück zu suchen. „Da waren wir alle dagegen, weil so etwas nicht

die Aufgabe der Stadt ist“, sagte sie. Thomas Lange von den Grünen erinnerte daran, dass es in der Hansestraße eine Sonderfläche Hotel gebe. „Da sitzt jetzt aber die Polizei drin“, so Lange mit einem Hinweis auf das Scheitern des Hotels Widukind an dieser Stelle. „Ich sehe keinen Bedarf für ein Hotel“, sagte Klemens Kowalski von der Linkenfraktion, und wenn es freie Flächen in der Innenstadt geben sollte, sei seine Partei ohnehin für Wohnungsbau an dieser Stelle. (kw)

könnte das für die nach hinten losgehen.“ Die stellvertretende Bürgermeisterin und SPD-Ratsfrau Christel Lemm erinnerte an die Partnerschaft mit Ribnitz-Damgarten in Mecklenburg-Vorpommern. Dort habe man in der Wendezeit mit Know-how helfen können. Aber allein schon die Entfernung nach Syrien würde eine Partnerschaft schwierig machen. „Das Ziel der Partnerschaft besteht darin, die Demokratie zu stärken und im Rahmen der kommunalen Zuständigkeiten und Möglichkeiten den freien Informationsaustausch und die Zusammenarbeit in möglichst vielen Bereichen zu fördern und zu festigen“, heißt es im 1990 abgeschlossenen Partnerschaftsvertrag mit Ribnitz-Damgarten.

„Wer Lösungen sucht, findet Wege, wer keine Lösung sucht, findet Gründe“, kommentierte Julitz die Standpunkte der Fraktionen und warf diesen „eine zynische Haltung“ vor. „Schade, dass Sie gleich wieder so forsch und abfällig gegen andere Meinungen schießen“, sagte daraufhin SPD-Fraktionschefin Astrid Bade. „Humanitäre Hilfe hat nichts mit der Städtepartnerschaft zu tun.“